

Herr Günther, CDU-Chef Friedrich Merz hat einen „Politikwechsel“ angekündigt. Hat der neue Koalitionsvertrag das Zeug dazu, dieses Versprechen einzulösen?

GÜNTHER Auf alle Fälle. Der Koalitionsvertrag ist ein wirklich gelungener Kompromiss zwischen Union und SPD und erfüllt unseren Anspruch in zentralen Feldern. Weniger Bürokratie, mehr Entlastungen und Freiräume, aber gleichzeitig auch ein handlungsfähiger Staat, etwa im Bereich der Migration. Der Koalitionsvertrag trägt eine klare Handschrift der Union. Übrigens gibt diese Einigung auch Anlass zur Hoffnung, dass in Berlin künftig weniger gestritten wird, sondern die Regierung vor allem an einem Strang zieht.

Die SPD hat ein Wahlergebnis von 16,5 Prozent und bekommt nun sieben Ministerien. Hat Friedrich Merz schwach verhandelt?

GÜNTHER Nein. Jetzt wird immer CDU gegen SPD gerechnet, aber nimmt man die CSU dazu, dann sind es zehn Ministerien für die Union und sieben für die SPD. Ich habe noch nie eine Koalition erlebt, in der beim Ressortzuschnitt nicht auf den kleinen Partner Rücksicht genommen wurde. Und wenn wir den Bundeskanzler noch mitzählen, ist das eine ausgewogene Aufteilung.

Es gibt Zweifel, dass mit dem Koalitionsvertrag das Wirtschaftswachstum spürbar angekurbelt wird. Wird eine wirtschaftliche Erholung schnell sichtbar werden?

GÜNTHER Wir leben in einem Umfeld, das es uns nicht leicht macht. Aber im Koalitionsvertrag sind die Grundlagen dafür gelegt, dass es Deutschland in den nächsten Jahren wirtschaftlich wieder besser geht. Wir haben, auch auf Rat der Wirtschaftsforschungsinstitute, eine Veränderung in der Schuldenbremse vorgenommen, sodass wir erhebliche Investitionen tätigen können. Sie sind wichtig, um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken und Reformen im Land umzusetzen. Gleichzeitig müssen wir eine Beschleunigung hinbekommen, vergleichbar mit dem, was uns nach der Wiedervereinigung gelungen ist, als wir in Deutschland sehr schnell Straßen, Schienen, Brücken, Wasserwege gebaut oder modernisiert haben. Wenn wir das schaffen, bin ich hoffnungsfroh, dass wir das Wirtschaftswachstum schnell ankurbeln können.

Rente, Gesundheit, Pflege: Bei den sozialen Reformen finden sich viele Leerstellen im Koalitionsvertrag. Hätten Sie mehr erwartet?

GÜNTHER Es muss mehr kommen. Die Verständigung bei den großen sozialen Themen wie Rente und Pflege darf nicht dazu führen, dass wir uns in Kommissionen verhaseln.

FOTO: CHRISTIAN CHARISUS/DPA



INTERVIEW DANIEL GÜNTHER (CDU)

„Die Koalition muss an einem Strang ziehen“

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident vermutet, der schwarz-rote Koalitionsvertrag erzeuge den Politikwechsel. In einigen Bereichen sieht er großen Nachholbedarf.

Wir müssen jetzt echte Reformen anschieben, um wirklich die sozialen Sicherungssysteme dauerhaft fit zu machen. Dieser Koalitionsvertrag ist ein Arbeitsauftrag, vom ersten Tag an die Ärmel hochzukrempeln und die Dinge auch umzusetzen, die zum Teil nur anmoderiert sind.

War es die richtige Strategie, das große Finanzpaket noch vor den Koalitionsverhandlungen zu beschließen und das Sparen und Konsolidieren an die zweite Stelle zu setzen?

GÜNTHER Strategisch ist das für die

INFO

Regierungschef einer schwarz-grünen Koalition

Ministerpräsident Daniel Günther ist seit 2017 Regierungschef von Schleswig-Holstein. Vor der aktuellen schwarz-grünen Landesregierung hatte Günther ein Jamaika-Bündnis aus CDU, Grünen und FDP geführt.

Zwist mit Bayern Anders als Markus Söder (CSU) hat Günther ein Bündnis mit den Grünen im Bund nie ausgeschlossen.

Union schwierig, aber aus einer Situation entstanden, die nicht veränderbar war. Wir brauchten eine Zweidrittelmehrheit, die im alten Bundestag noch gegeben war. Deswegen finde ich es auch verantwortlich und rechtlich zulässig, dass der alte Bundestag dafür genutzt wurde.

Einhergegangen ist ein erheblicher Glaubwürdigkeitsverlust für Friedrich Merz und die gesamte Union. Wie kommt man da wieder raus?

GÜNTHER Klar ist das für uns eine Hypothek. Daran will ich nicht vorbeireden. Viele Menschen fragen sich, warum wir als Union nach der Wahl anders gehandelt haben. Umso mehr müssen wir unsere Entscheidung jetzt erklären. Wir haben uns der Debatte ja nie verweigert. Auch Friedrich Merz hat gerade beim Thema Verteidigung immer gesagt, dass die Frage der Schuldenbremse, die Frage von Sondervermögen, diskutiert werden muss.

Hätte man das Erklären nicht vor der Wahl machen müssen? Die Finanzlage war ja bereits klar.

GÜNTHER Ja klar, man hätte einiges vor der Wahl anders machen können. Aber ehrlich gesagt gehört dazu nicht nur die Union. Im Wahlkampf haben wir es uns alle miteinander

nicht leicht gemacht, die Dinge vernünftig zu regeln. Das betrifft auch die Abstimmungen zur Migrationspolitik im Bundestag, für die eine Mehrheit der demokratischen Parteien wichtig gewesen wäre. Als etablierte demokratische Parteien müssen wir uns selbstkritisch fragen, ob wir da immer im Sinne der Stärkung der Demokratie gehandelt haben.

Sie spielen auf die Abstimmung gemeinsam mit der AfD an. Was ist Ihre Empfehlung für den künftigen Kanzler: Weiter klar auf Distanz gehen oder doch die Zusammenarbeit suchen?

GÜNTHER Klare Distanz. Es ist in der CDU völlig unstrittig, dass es keine Form der Zusammenarbeit geben darf. Wir müssen da klar sein. Das beste Rezept ist, sich um diejenigen zu kümmern, die die AfD gewählt haben, und nicht um diejenigen, die für die AfD kandidiert haben und die Demokratie zerstören wollen. Wie macht man das? Die Probleme angehen und die Dinge, die im Koalitionsvertrag adressiert sind, solide abarbeiten. Das schafft Vertrauen. Und es sorgt dafür, dass die Menschen wieder an die Handlungsfähigkeit des Staates glauben. Das ist die einzige Chance, wie wir die etablierten Parteien stärken und

die AfD wieder klein kriegen, sodass sie möglichst gar nicht mehr in den Parlamenten vertreten ist.

In der CDU gab es auch nach der Wahl noch großen Unmut über Friedrich Merz, nicht nur bei der Jungen Union. Verstummen diese Stimmen jetzt?

GÜNTHER Ja, so nehme ich das auf Bundes- und bei uns auf Landesebene wahr. Es gibt eine große Zufriedenheit mit dem Koalitionsvertrag. Das Wichtigste ist jetzt, dass die neue Koalition an einem Strang zieht, dass wir keinen öffentlichen Streit mehr haben. Deswegen sollten sich manche selbstkritisch fragen, ob es in den vergangenen Wochen immer richtig war, die Verhandlungen öffentlich zu kommentieren, anstatt konzentriert intern zu arbeiten. Manche schwierige Stimmung in der Partei hätten wir vermeiden können. Aber das Gute ist: Das Ergebnis stimmt und diese Stimmen verstummen jetzt.

Wir müssen über Markus Söder reden. Ihr Verhältnis ist ja offenkundig nicht das Beste. Wie schätzen Sie seine Rolle in den Koalitionsverhandlungen ein?

GÜNTHER Ich kann nur sagen, dass auch die CSU in den letzten Tagen bei dieser wirklich schnellen Eini-

gung eine sehr positive Rolle eingenommen hat.

Nerven Sie Söders Sticheleien gegen Schleswig-Holstein?

GÜNTHER Wenn man in einem so großartigen Land wie Schleswig-Holstein lebt, dann perlt das einfach ab.

Wie sehr wird Söder denn Merz in seiner Kanzlerschaft in die Parade fahren?

GÜNTHER Ich habe ja die Frage beantwortet, was ich erwarte – dass wir jetzt eine Koalition sein werden, die sich sichtbar von der Ampel hebt, indem wir in Krisenzeiten gemeinsam gut und vertrauensvoll dieses Land regieren.

Wird Merz ein guter Kanzler?

GÜNTHER Ja, davon bin ich überzeugt. Wir brauchen in diesen Zeiten einen Kanzler, der klar europäisch denkt und international vernetzt ist, und der auch entscheidungsstark ist. So habe ich Friedrich Merz in den letzten Jahren kennengelernt. Und deswegen hat er das Zeug, einer der großen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland in herausfordernden Zeiten zu werden.

DAS INTERVIEW WURDE GEFÜHRT VON HAGEN STRAUSS UND JANA WOLF.

Richterbund begrüßt IP-Adressenspeicherung

BERLIN (jd) Die Pläne von Union und SPD für mehr Befugnisse der Sicherheitsbehörden stoßen beim Deutschen Richterbund (DRB) auf Zustimmung. „Union und SPD legen mit ihrem Koalitionsvertrag einen sicherheitspolitischen Neustart hin“, sagte DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn unserer Redaktion. „Es ist richtig, dass die Koalition zur Verfolgung schwerer Straftaten eine Speicherpflicht für IP-Adressen und zugehörige Portnummern einführen will“, sagte Rebehn. Der Europäische Gerichtshof habe längst einen europarechtskonformen Weg dafür aufgezeigt.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD heißt es dazu: „Wir führen eine verhältnismäßige und europa- und verfassungsrechtskonforme dreimonatige Speicherpflicht für IP-Adressen und Portnummern ein, um diese einem Anschlussinhaber zuordnen zu können.“ Bei Internet-Straftaten wie Kinderpornografie sei die IP-Adresse oftmals der einzige, aber immer der schnellste Ermittlungsansatz, um Tatverdächtige aufzuspüren, sagte Rebehn.

Er zeigte sich erfreut, dass CDU, CSU und SPD auch andere Ermitt-

lungsrechte der Staatsanwaltschaften „mit guten Gründen“ erweitern wollen, um Kriminalität „noch besser aufklären“ zu können. Im Koalitionsvertrag der drei Parteien werden mehrere Maßnahmen genannt. Vorangestellt heißt es in dem Papier: „Wir müssen unseren Ermittlern die notwendigen Ermittlungsbefugnisse zur Verfügung stellen.“ Rebehn sagte dazu: „Mit den Plänen für ein schlankeres Prozessrecht könnte es zudem gelingen, Strafverfahren spürbar zu beschleunigen.“

Der Hauptgeschäftsführer des Richterbundes pochte jedoch darauf, die deutsche Justiz besser auszustatten. „Besonders dringlich ist aber ein Investitionsschub für die Justiz, den Union und SPD durch einen neuen Rechtsstaatspakt mit den Ländern zünden wollen“, sagte er. „Wenn bundesweit rund 2000 Staatsanwälte fehlen und die Ermittler immer öfter Verfahren einstellen müssen, um nicht in der Verfahrenslut unterzugehen, ist der Handlungsbedarf offensichtlich“, mahnte Rebehn. „Die neue Koalition muss jetzt liefern und zeigen, dass ihre Versprechen gelten“, forderte er.

Tödlicher Angriff auf Sumy

Beim russischen Beschuss in der Ukraine starben am Sonntag Dutzende Menschen.

KIEW (ap/dpa) Im Nordosten der Ukraine sind bei einem russischen Raketenangriff auf die Stadt Sumy nach Angaben der ukrainischen Behörden mehr als 34 Menschen getötet worden. Unter den Toten seien zwei Kinder, teilte der staatliche Notfalldienst mit. 117 Menschen, unter ihnen 15 Kinder, seien verletzt worden. Zwei ballistische Raketen seien im Stadtzentrum eingeschlagen, als Ortsansässige sich für Feiern zum Palmsonntag versammelt hätten, schrieb der geschäftsführende Bürgermeister Artem Kobzar in den sozialen Medien: „An diesem strahlenden Palmsonntag hat unsere Gemeinde eine schreckliche Tragödie erlitten.“

In Videos vom Ort des Geschehens, die in offiziellen Kanälen im Internet veröffentlicht wurden, waren auf dem Boden liegende Leichen inmitten von Schutt und Trümmern zu sehen, Rauch stieg auf.

Präsident Wolodymyr Selenskyj teilte mit, dass die Rettungseinsätze im Sumy andauerten. Es habe Dutzende Tote durch den Angriff mit den zwei Raketen gegeben. „Nur dreckiger Abschaum kann sich so verhalten – gewöhnlichen Menschen das



Feuerwehrleute tragen in Sumy ein Opfer. FOTO: UKRAINIAN EMERGENCY SERVICE/DPA

Leben nehmen“, erklärte Selenskyj. Er forderte eine internationale Reaktion auf den Angriff: „Gespräche haben noch nie ballistische Raketen und Fliegerbomben gestoppt. Was Not tut, ist eine Haltung gegenüber Russland, die ein Terrorist verdient.“ Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat den Raketenanschlag verurteilt. Es habe zahlreiche zivile Opfer gegeben, sagte Macron: „Jeder weiß, dass Russland allein diesen Krieg gewollt hat. Heute ist klar, dass es allein Russland ist, das sich für die Fortsetzung des Krieges entscheidet.“

Am Samstag hatten die Chefdiplomaten Russlands und der Ukraine der jeweils anderen Seite vorgeworfen, gegen eine von den USA vermittelte vorläufige Vereinbarung zu verstoßen, Angriffe auf die Energieinfrastruktur auszusetzen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha äußerten sich bei separaten Veranstaltungen des Diplomatie-Forums in Antalya – eine Konferenz, die Diskussionen zu Themen rund um Internationale Beziehungen ausrichtet.

Lawrow erklärte, „die Ukrainer haben uns von Anfang an attackiert, an jedem Tag, vielleicht mit zwei oder drei Ausnahmen“. Er kündigte an, dass Moskau den USA, der Türkei und internationalen Organisationen eine Liste mit ukrainischen Angriffen auf Ziele in Russland in den vergangenen drei Wochen vorlegen werde. Sybiha wies die Vorwürfe vehement zurück. Russland habe „fast 70 Raketen, über 2200 (explodierende) Drohnen und über 6000 Lenkbomben“ auf die Ukraine abgeworfen, „zumeist auf Zivilisten“, seitdem Moskau einer begrenzten Feuerpause zugestimmt habe.

MELDUNGEN

Iran will Verhandlung mit USA indirekt fortsetzen

TEHERAN (afp) Der Iran will die Gespräche mit den USA über Teherans Atomprogramm indirekt fortsetzen. Die für Samstag geplanten Verhandlungen würden unter Vermittlung des Omans „indirekt bleiben“ und fokussierten sich allein auf nukleare Angelegenheiten und die Aufhebung von Sanktionen, teilte das iranische Außenministerium am Sonntag mit. Erstmals seit Jahren hatten die USA und der Iran im Oman Verhandlungen über das umstrittene iranische Atomprogramm aufgenommen.

Gaza: Hamas-Zentrale in Klinik attackiert

GAZA/TEL AVIV (dpa) Israels Armee hat Berichte über einen Angriff auf ein Krankenhausgebäude im Norden des Gazastreifens bestätigt. Ziel sei eine Kommandozentrale der Hamas im Al-Ahli-Krankenhaus gewesen, teilten das israelische Militär und der Inlandsgeheimdienst Schin Bet mit. Mitglieder der Islamistenorganisationen hätten von dort Anschläge ausgeführt und geplant, die auch israelische Zivilisten gegoten hätten. Einzelheiten dazu nannte das israelische Militär nicht.